



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2026/02481**
Datum: 17.03.2026
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Eigendorf, Eric
Dr. Burkert, Silke
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Bildungsausschuss	07.04.2026	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Schulabgänger:innen ohne Abschluss und Schulschwänzern

Nach der Vorstellung des FaktenChecks Bildung in der Sitzung im März hat sich für die SPD-Fraktion die Frage nach der Entwicklung der Zahl der Schulabgänger:innen ohne Abschluss gestellt. Diese ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und lag im Jahr 2024 bei 354 Personen, was einem Gesamtanteil von 15,4 % entspricht. Weiterhin gab es am [12.03.2026 einen Artikel in der MZ](#) über die Zunahme von Schulverweigerern, wobei ermittelt worden ist, dass im Zeitraum von 2023 bis 2025 die Zahl der eingeleiteten Verfahren von 669 auf 1096 stieg.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wie viele Einzelfallkonferenzen fanden durchschnittlich jährlich in den Vor-Corona-Jahren und wie viele fanden in den Jahren 2023 bis 2025 statt? Welche Rückschlüsse lassen sich aus den Zahlen ziehen?
2. Wie bewertet die Stadtverwaltung die hohe Anzahl der Schulabgänger:innen ohne Abschluss im Jahr 2024?
3. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation wurden bereits ergriffen? Inwiefern zeigen diese Maßnahmen bereits Wirkung bzw. welche Effekte werden perspektivisch erwartet?
4. Wie bewertet die Stadtverwaltung den Erfolg des Projektes „Produktives Lernen“ an den Schulstandorten Sekundarschule Halle-Süd, Gemeinschaftsschule „Heinrich Heine“ sowie Gemeinschaftsschule Kastanienallee?
5. Ist ein Ausbau oder eine Ausweitung dieser Lernform auf weitere Schulen geplant? Wenn ja, ab wann? Wenn nein, aus welchen Gründen?
6. In welchem Umfang wird die von der Stadt angebotene schulpsychologische Beratung von Schüler:innen und deren Familien in Anspruch genommen? Kann die Stadtverwaltung hierzu konkrete Zahlen oder Entwicklungen der letzten Jahre vorlegen?
7. In welchem Umfang werden die Anlaufstellen sowie die Beratungsangebote des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) in diesem Zusammenhang genutzt? Liegen

der Stadtverwaltung hierzu konkrete Zahlen oder Erkenntnisse über erreichte Wirkungen vor?

8. Wie hat sich die Zahl der Schulverweigerer bzw. Schüler:innen mit erheblichen Fehlzeiten in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
9. Welche Hauptursachen für Schulverweigerung werden aus Sicht der Stadtverwaltung festgestellt (z. B. soziale Faktoren, psychische Belastungen, schulische Probleme)?
10. Wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulverwaltung, Schulsozialarbeit und Jugendhilfe, wenn erste Hinweise auf Schulverweigerung auftreten?

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

gez. Dr. Silke Burkert
Stellvertretende Vorsitzende
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)